

Weltfrieden nicht gleichgültig, ob Bismarck die Politik des Deutschen Reichs lenkt oder ob der Mann, der das wiedergeborene Deutschland zum Freunde Oesterreichs gemacht, vom Schauplatze seiner Thaten verschwindet. So lange Bismarck lebt, muß er an der Spitze des von ihm geschaffenen Staates bleiben. Sein Rücktritt wäre ein Unglück unter allen Umständen, ein unbedenkbares im jetzigen Augenblicke, da der Ausfall der englischen Wahlen die Stellung Englands zu den großen europäischen Fragen möglicherweise ganz verändert. Das fühlt heute ganz Deutschland, und wir fühlen es mit. Bismarck ist nicht zu entbehren, und darum weisen wir auch nicht daran, daß sein Entlassungsgesuch nicht angenommen werden, sondern daß man die Gründe beseitigen wird, welche es veranlaßt haben — mögen es nun solche der inneren oder der äußeren Politik sein.

Politische Uebersicht.

Wien, 8. April.

Ueber einen Titel der Reichsfinanzen, der allgemeines Interesse in Anspruch nimmt, ist sehr Erregendes zu melden: Aus den uns mitgetheilten Berichten ergibt sich, daß der Stand des Reichsinvalidenfonds mehr noch als in den Vorjahren ein sehr günstiger ist und daß zur Erreichung der in dem Gesetze vom 23. Februar 1876 vorgezeichneten normalen Belegung der Befähigten derselben auch im letzten Jahre erfolgreiche Schritte gethan sind. Der ursprüngliche Betrag des bekanntlich aus der französischen Kriegescontribution ausgeforderten Fonds von 561 Millionen Mark ist bis 1. Juli 1879 durch die Capitalverwendung für die laufenden Zahlungen nur um 20,490,436 Mark geschmälert und wird mit einem rechnungsmäßigen Bestände von 540,509,563 Mark nachgewiesen. Der Normalbetrag der Einnahmen, einschließlich der zu 2 bezw. 2 1/2 Proc. deponirten Baarverthe von 694,388 Mark, beläuft sich dagegen auf 548,413,449 Mark, der Hauptfache nach — über 492 Millionen — in 4 1/2 Proc. Papieren. Eine Vergleichung der Belegung, wie sie Ende Februar 1874 stattfand, mit der Ende Januar 1880 ergibt, daß an Schuldverschreibungen des Reichs und der Bundesstaaten 115,359,281 Mark und an Schuldverschreibungen kommunaler Corporationen 55,775,522 Mark hinzukommen, daß dagegen die Schuldverschreibungen nichtdeutscher Staaten — holländischer, englischer, amerikanischer — gänzlich beseitigt und von den Prioritätsobligationen nicht garantirter Eisenbahnen 76,642,900 Mark bereits abgestoßen sind. Zur Zeit sind von letzteren überhaupt noch vorhanden 129,096,500 Mark, darunter aber über 44 Mill. Köln-Mindener und Magdeburg-Halbverhändler, welche, nachdem beide Bahnen in den Besitz des preussischen Staats gelangt sind, damit von selbst aus der Kategorie der nicht garantirten Prioritäten ausgeschieden. Was die übrigen, namentlich Bergisch-Märkische Prioritäten (ca. 80 Millionen Mark) anlangt, so steht bei dem seit längerer Zeit sich über pari haltenden Course derselben ihrer Veräußerung Nichts mehr im Wege, die Verwaltung hat also nicht nöthig, die ihr bis 1. Juli 1885 verlängerte Frist abzuwarten. Allerdings wird dadurch eine Schmälerung der Zinseneinnahmen des Reichsinvalidenfonds herbeigeführt, da nach der Lage des Geldmarkts ein Zinsfuß von 4 1/2 Proc. für die vorschristsmäßigen Anlageverthe nicht mehr zu erzielen ist. Auch obnebies ist die Verzinsung der Befähigten des Reichsinvalidenfonds im letzten Jahre von 4.44 auf 4.32 Proc. herabgegangen, in Folge der Convertirung von mehr als 100 Millionen Mark 4 1/2 Proc. bairischer Staatsanleihe auf 4 Proc. Andererseits bleiben aber auch die effectiven Zahlungen des Fonds an Pensionen u. hinter dem Anschlage fortwährend zurück, ein Umstand, der je länger desto mehr die die Ausgabe einschränken wird, also den Windertrag an Zinsen reichlich compensirt. Nach der letzten Aufstellung ist der Capitalwerth aller Verbindlichkeiten des Reichsinvalidenfonds auf 505,921,697 Mark berechnet, was gegen den rechnungsmäßigen Bestand einen Capitalüberschuß von 43,587,867 Mark läßt. Um diesen Betrag ist der Fonds für die ihm zugewiesenen Leistungen zu groß, der Ueberschuß kann also im Nothfalle anderweit für Reichszwecke verwendet werden. Dabei ist zu erinnern, daß in den letzten Jahren dem Fonds wiederholt neue Zahlungen zugewiesen sind, die über die bei seiner Gründung bezweckten hinausgehen. An Invalidenpensionen aus dem französischen Kriege waren Ende Juni 1879 nur zu zahlen 25,916,901 Mt. Hinzugekommen sind nach dem Gesetze vom 11. Mai 1877 und 17. Juni 1878, an Invalidenpensionen in Folge der Kriege vor 1870 für 137,691 Mt. und für Angehörige der ehemaligen schleswig-holsteinischen Armee 671,654 Mt., dann gemäß Gesetz vom 30. März 1879 Pensionen für ehemalige französische Militärs 769,443 Mt., Kosten der Invaliden-Institute 529,491 Mt., Gnadeneinwilligungen für Invalidenwitwen und Kinder 350,000 Mt., endlich nach dem Gesetze vom 2. Juni 1878 an Ehrenzulagen für Inhaber des eisernen Kreuzes 41,472 Mt. Durch die aufgeführten Zugänge steigert sich die Jahresausgabe auf 32,415,652 Mt. Von Interesse mag noch eine kurze Notiz über die Pensionenempfänger aus den Kriegen von 1806—1815 sein. Es sind deren im Ganzen 568, sie erhalten zusammen 154,756 Mt. Das Hauptcontingent stellen dazu 468 preussische Gemeine im Durchschnittsalter von 88 Jahren, die 123,739 Mt., d. i. je 264 Mt. erhalten, wozu allerdings meist noch andere Bezüge aus öffentlichen und Privatfonds hinzutreten.

Der Reichstag wird am Donnerstag in die Beratung des Budgetgesetzes eintreten. Die Fractionen waren bereits seit einigen Tagen in der Vorberatung des Gesetzentwurfs begriffen. Im Allgemeinen macht sich die Auffassung geltend, daß die Verlage keine grundsätzliche Gegenrichtung in der Finanzberatung hervorbringen und ohne erhebliche Aenderungen zum Gesetze werden dürfte. In erster Linie ist die Stellung dieser Vorlage zu

den bisherigen Grundsätzen der Volkswirtschaft eine erhebliche Aenderung, als die im vorigen Jahre gestellten Anträge der Abg. Reichensperger, von Reich-Ragow u. A. einnahmen. Die Motive schließen nicht nur mit Entschiedenheit jede Begrenzung einer Zinstaxe und die gesetzliche Beschränkung der Wechselbarkeit, sondern auch die beabsichtigte Einengung des Geldverkehrs aus, und indem sie den allgemeinen sittlichen Anschauungen des Volkes Rechnung tragen, geben sie sich Mühe, nur solche Geschäfte, die einen strafrechtlichen Charakter tragen, im Strafgesetz unterzubringen. Hiernach wird sich die Aufgabe des Reichstags im Wesentlichen darauf beschränken, eine Bestimmung festzusetzen, welche, indem sie den Schuldigen trifft, nicht indirect rechtliche Geschäfte einschränkt. Wenn sich im Wesentlichen die diesmalige Vorlage dem vorjährigen Commissionsbericht angeschlossen hat, so mag doch hervorgehoben werden, daß durch die vorgenommene Verschärfung der Strafen die Entscheidung in den wichtigeren Fällen den Schöffengerichten entzogen und den Strafkammern vorbehalten ist — ein Umstand, welcher eine besondere Erwägung verdient.

Die parlamentarischen Debatten haben dem politischen Leben in Wien und Pest erhöhte Rührigkeit verliehen. Der österreichische Reichsrath hat seine Sitzung eröffnet und die Frage wird aufgeworfen, ob man nicht einer baldigen Veränderung auf der Staatsbühne entgegenzusehen habe. In der cisleithanischen Regierung scheint der Einfluß der noch vorhandenen versöhnungsfreundlichen Minister immer geringer zu werden, indem es auffällig ist, wie im Lande höhere Aemter an Männer anderer Parteien gelangen. Dadurch wird das Band zwischen dem Ministerium und der jetzt in der Minderzahl befindlichen Versöhnungspartei immer schwächer; diese Partei hört auf, Rücksichten für die Regierung zu beobachten, sie ist nahe daran, zu entschiedenem Widerstande überzugehen. Der Minister-Präsident Graf Taaffe, der eine Stellung über den Parteien hatte einnehmen wollen, ist auf dem Punkte angekommen, daß ihm die Unterstützung seiner Partei gesichert ist. Der Verlauf der Verhandlungen wird die Krisis voraussichtlich noch schärfer hervortreten lassen. Das Wollische Bureau giebt die folgenden speciellen Meinungen vom Mittwoch: In der Sitzung des Abgeordnetenhauses zu Wien wurde von der Regierung eine Vorlage betreffend die Bewilligung eines Nachtragkredits von 10,000 Gulden für die Theilnahme Oesterreichs an der Weltausstellung in Melbourne eingebracht. Das Haus setzte darauf die Beratung des Budgets fort. — In dem Unterhause zu Pest wurden der Gesetzentwurf über die Staatsanleihen für die Theilnahme an der Weltausstellung in Melbourne betreffend die Bewilligung der Stadt Szegedin und den Wieder- aufbau derselben von der Regierung vorgelegt. Die Vorlagen wurden zur schleunigen Beratung dem Finanzausschusse überwiesen.

Es sind wiederholt Hinweise darüber gegeben worden, daß die Stellung des Dictators von St. Petersburg, des Grafen Loris Melikoff, keineswegs eine vollkommene gesicherte ist. Ein Correspondent der Wiener „Presse“ giebt die folgende vom 3. April datirte Darstellung der Lage in der russischen Hauptstadt: „Schneller als man es vorausgesetzt hat, aber nicht unerwartet ist die Loris-Melikoff-Krise heringebrochen. Man spricht nämlich davon, daß die geheime Begünstigung gewisser Kreise gegen Loris Melikoff jetzt in einer Frage zu einer offenen geworden ist, und daß die Entscheidung des Kaisers, die angerufen wurde, noch nicht erloschen ist. Von dieser Entscheidung hängt natürlich Alles ab. Den Anlaß hat die Schulfrage gegeben, die Wurzel liegt aber tiefer. Die Schulfrage ist in Rußland eine ganz eigenthümliche. Nicht pädagogische, sondern politische Parteien kämpfen um die Entscheidung, ob der Realunterricht oder der classische Unterricht als die Grundlage der Schulbildung und des Schul-Systems angenommen werden müsse. Dieser Kampf, seit Jahren mit Heftigkeit geführt, hat immer größere Verhältnisse angenommen und bildet jetzt beinahe den Inbegriff alles Dessen, was als die bewegende und treibende Kraft der Parteien angesehen werden kann. Die Realisten sind die Liberalen, die Classiker die Conservativen. Lange Zeit hindurch wurde dieser Kampf in den Journalen geführt, allein jetzt schweigen sie, wie es heißt, weil sie müßten. Der Kampf, der in den Journalen eingestellt ist, ist es nicht in den leitenden Kreisen, und wie es heißt, hält der Unterrichtsminister an dem von ihm verfochtenen classischen Studium fest, während Loris Melikoff den Liberalen sich hinneigt und in der Befriedigung derselben in der Schulfrage ein wesentliches Mittel zur Beruhigung der Gemüther erblickt. Man soll Graf Loris Melikoff ganz offen von dem Kaiser gefordert haben, daß er die Bewilligung zur Einführung des Real-Unterrichts gebe, und von dieser Bewilligung soll der Chef der höchsten anordnenden Commission sein Verbleiben im Amte abhängig gemacht haben.“ — Wie der „St. Petersburg Herald“ hört, wird demnach der Proceß gegen Dr. Weymar zur Verhandlung kommen. Dr. Weymar ist angeklagt, mit seinem Wagen dem Mörder des Generals Mesenjew zur Flucht verholfen und später dem Verbrecher Solowiew einen Revolver und Gift verschafft zu haben; ferner vor 3 Jahren dem Fürsten Kravotkin, welcher sich ebenfalls wegen nichtiger Umläufe in Anlagenzustand befand und krankheitshalber in einem Hospital gefangen gehalten wurde, mit Hilfe seines Wagens die Flucht erleichtert zu haben.

Die Ergebnisse der englischen Neuwahlen liegen so weit vor, daß sich schon jetzt ein Bild von dem neuen Unterhause entwerfen läßt. Diese den Schwerpunkt des politischen Lebens in

England bildende Körperschaft zählt 658 Mitglieder. Bis jetzt war der Ausfall von 481 Wahlen bekannt, gewählt wurden 283 Liberale, 163 Conservative, 35 Homerule. Der Reingewinn der Liberalen beträgt 67; sie haben nach den letzten Telegrammen in den irischen Grafschaften Waterford und Tipperary, in den schottischen Butehire und Wigtonshire, sowie dem englischen District Womouth den Sieg davongetragen. Nach der Wahl von 1874 zählte das Haus 349 Conservative, 247 Liberale und 56 Homerule. Die Tories hatten sonach eine Mehrheit von 102 über die Liberalen, und eine von 46 über die vereinigten Liberalen und Homerule. Da von den Letzteren einige jedoch zu den Conservativen hielten, so wurde die conservative Mehrheit gewöhnlich auf 56 angenommen. Nach den bisherigen Berechnungen wird das neue Unterhaus zählen 318 Liberale, 271 Conservative und 63 Homerule. Die Liberalen werden sonach eine Mehrheit von 47 über die Conservativen haben, und mit den Homerulen vereint von 110, gehen aber die conservativen Homerule mit den Tories, so vermindert sich die liberale Mehrheit um 17 Stimmen, beträgt also dann nur 93. Vor der Union mit Schottland zählte das Unterhaus 513 Stimmen, aus Schottland kamen seit 1707 45 Mitglieder hinzu, und seit 1801 100 aus Irland — wodurch die Gesamtzahl auf 658 stieg. Die Reformacte von 1832 ließ die Mitgliederzahl unberührt, änderte nur das Verhältnis bezüglich der wahlberechtigten Orte. England und Wales wählten jetzt 493 Mitglieder, Schottland 60, Irland 105. Die Reformacte von 1867 nahm 11 englischen Boroughs (Burgfrieden) das Wahlrecht, 23 andere verloren je einen Abgeordneten; 25 Sitze wurden dagegen neuen Boroughs und den Universitäten verliehen, 28 an Grafschaften. Vier Boroughs mit 6 Sitzen sind seitdem ihres Wahlrechts beraubt, in Folge von Wahlcorruption.

Der Name Gladstone's ist bei der Vollständigkeit des Sieges der Whigs natürlich auf allen Lippen in England. Ein Specialcorrespondent der „Wiener Allgemeinen Zeitung“ besuchte den Führer der Liberalen in Edinburgh. Herr Broemel telegraphirt darüber vom Dienstag an dieses Blatt folgendes: „Gestern Abend, eine Viertelstunde vor seiner Abfahrt nach dem Elben, hatte ich eine Zusammenkunft mit Mr. Gladstone. Er empfing mich mit den Worten: „Ich wäre gern zu Ihnen gekommen, aber das Volk draußen wäre mir nachgelaufen.“ Ich stellte mehrere Fragen, worauf Gladstone antwortete: „Es ist ein großer Irrthum, zu glauben, die Politik der großen liberalen Partei in der Orientfrage würde der russischen Wachtvergrößerung im Oriente günstig sein. Ich werde niemals jene Botschafter jenseits, welche wirkliche Botschafter gegen sind; aber man hat Rußland für die Zukunft geradezu in die Hände gearbeitet und bedauerliche Mittel angewendet.“ Gladstone fuhr dann fort: „Ich lasse mir keine Illusionen vormachen, es braucht nicht Alles einzutreten, aber“ — wiederholte er lachend — „I am the watchful dog that barks („ich bin der wachsame Hund, der bellt“). „Ich“ — er wiederholte es — „ich schätze, ich ehre die freibethliche Vaterlandsliebe des österreichischen Volkes und jeder freibethlichen Regierung Oesterreichs; aber „hands off“ (Hände weg) von anderer freier Völker Eigenthum und ihrem Lande. Man spricht von deutsch-österreichischer Allianz und englischem Anschluß. Da müßte man erst viel Mehr wissen „before signing a sanguine and light minded certificate“ (bevor man ein sanguinisches, leichtfertiges Actenstück unterschreibt). Was ich in der Monatschrift „The Nineteenth Century“ erklärte, was ich in meinem Essay „Friends and foes of Russia“ (Freunde und Feinde Rußlands) geschrieben, dazu habe ich Nichts mehr hinzuzufügen, das war allezeit meine Politik.“ Gladstone schritt meine Frage „wegen des neuen Ministeriums“ mit den Worten ab: „Betrachten Sie heute mich als Privatmenschen in Allem was ich sage.“ Daraus nahm ich Abschied. Gladstone aber sagte: „Vielleicht sehe ich Sie noch in...“ (er nannte den Ort). Wir traten in die Straße. Draußen waren Jubelnde zu Tausenden angehäuft. Der Andrang wurde durch „harte Barrieren“ abgehalten. Die Nacht hindurch durchzog die Menge die Straßen, Hochs auf Gladstone ausbringend.“

In Bezug auf die weitere Politik der Liberalen hat sich auch Hartington in maßvoller Weise erklärt, und der Kriegsminister Stanley bemerkte, wie die „R. A.“ aus London meldet, daß, wenn die liberale Regierung nur die eingegangenen Verträge und Verbindungen ehrlich aufrecht erhalten wolle, die aus dem Amt scheidenden conservativen Minister mit dem Ergebnis ihrer Arbeiten zufrieden sein dürften. Der Schatzkanzler sprach zu Torquay von der Gefügigkeit der Rückichten, welche in vielen Fällen für die Wahlen entscheidend gewesen seien. „Fürst Bismarck, sagte er, würde sich nicht wenig wundern, wenn er zu hören beläme, daß dieser oder jener conservative Abgeordnete bei der Wahl unterlegen ist, nicht weil seine Wähler die auswärtige Politik der Regierung mißbilligen, sondern weil der Gegenkandidat seinen Wählern die Erleichterung in Aussicht gestellt hat, einige Karnickel mehr auf ihren Pachtungen zu schießen.“

Die Nachrichten aus Spanien lauten schon seit längerer Zeit recht beunruhigend für die Regierung. Raum sechs Jahre währt das neue Königthum und schon treten Erscheinungen zu Tage, welche darauf schließen lassen, daß das Reich sich in bedenklicher Gährung befindet. Die Opposition gegen das Ministerium Canovas del Castillo ist stetig im Wachsen begriffen, besonders seit der ungeschickten Behandlung der cubanischen Frage seitens der Regierung. Und so erklärt es sich denn, wenn eine Depesche meldet, daß die demokratische Partei ein von nicht

weniger als 279 Senatoren und Deputirten und 21 Journalisten unterzeichnetes Manifest veröffentlicht, in welchem sie Religions- und Pressefreiheit, Vereins- und Versammlungsfreiheit, Freiheit des Unterrichts, allgemeines Stimmrecht, Decentralisation der Verwaltung, allgemeine Militärdienstpflicht, Sparsamkeit in allen Zweigen der Staatsverwaltung, finanzielle Controlle, Gleichstellung der Insel Cuba mit den Mutterlande und Unabhängigkeit der Richter als ihre Forderungen bezeichnet. Das sind bedenkliche Vorboten naßer und gefährlicher Kämpfe.

Die Wirkung des Frühlings. Der Temperaturwechsel, dessen Launen wir im Frühlings so oft ertragen müssen, übt auf die meisten Menschen das Gefühl eines allgemeinen Unbehagens aus, welches sich in Schwere der Glieder, Mattigkeit, übermäßiger Wärme und Schweiß bei dem kürzesten Spaziergang mit darauf folgender fröhlicher Empfindung äußert und im Volksmunde der Einwirkung der Frühlingszeit zugeschrieben wird. Allein die Ursachen liegen in der Blutbeschaffenheit, Blutmangel und in ungenügender Blutbildung, wodurch der Organismus die Kraft mangelt, den Veränderungen der Temperatur leichter zu widerstehen. — Es kann als wirksamstes und Niemand in seinen Gemüthsstimmungen über Beruf störendes Mittel die Eisentropfen (Fer Bravais) empfohlen werden, welche, ohne Geschmack, ohne den Magen oder die Verdauung und ohne die Nerven anzugreifen, in Fällen von Blutarmuth, Bleichsucht, Schwäche, Kräfteerschöpfung noch nie ihren vollen Dienst verweigert haben, und nach der beigegebenen Anleitung äußerst bequem zu nehmen sind. — Fast jede Apotheke führt diese Eisentropfen (Fer Bravais) oder wird dieselben auf Wunsch gewiß gern besorgen. Depot in Leipzig bei R. H. Paulcke (Engel-Apotheke).

CARL B. LORCK  
Goethe-Strasse 9.  
Gebäude der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt.  
KUNSTGEGENSTÄNDE  
und  
Kunstgewerblicher Hausschmuck  
besonders geeignet als  
Hochzeits- und Gelegenheits-Geschenke.

Strohüte  
Theodor Rössner, Franz Walther,  
Reichstraße Nr. 3, Thomastirchhof Nr. 1.

Mey's Stoffkragen,  
per Dutzend 55 und 60 Pfennige,  
keine Papierkragen,  
sondern mit wirklichem Stoff überzogen,  
bei  
Mey & Edlich,  
9 Neumarkt, Leipzig.

En gros. Export.  
Patent-Buchstaben  
deutsch und russisch, größte Auswahl.  
J. Döschner, Eberhardstraße 9, 1.

En gros! — preismedallirt — Export!  
M. Apian-Bennowitz  
Markt 8, Barthel's Hof, nur im Hof.  
Luxus-Papier — Neuheiten.  
Illuminations-Laternen.

Bruno Wagner,  
Markt Nr. 9, II. Etage,  
empfiehlt sein großes Lager von Wandern in Strohhüten für Damen und Kinder zu außergewöhnlich niedrigen Preisen.  
Reichhaltige Modellhut-Ausstellung.

Caves de France, Reichstr. 5,  
Weinhandlung zur Einführung gemischt unterfranzösischer, reiner, ungeschwefelter französischer Weine. Neu: feines Frühweid und Weidenbräu, kalt oder warm, incl. Butter und Käse und 1/2 Liter Wein à 90 c. Nominirte Table d'hôte von 12—3 Uhr à Couvert 1.55, im Abonnement 1.35 incl. 1/2 Liter Wein.  
Selle Konna: Kartoffel-Suppe, Wagon St. Emmerich mit Erdpurre und Schweinsbraten, Bouef à la mode, Compot, Salat, Butter und Käse.

Tageskalender.  
Kaiserliche Telegraphen-Anstalten.  
1. R. Telegraphenam 1: Kleine Fleischergasse 1.  
2. R. Postamt 1 (Augustusplatz).  
3. R. Postamt 2 (Weipziger-Druckerei-Bahnhof).  
4. R. Postamt 3 (Bauernsteiner Bahnhof).  
5. R. Postamt 4 (Rühlstraße).  
6. R. Postamt 5 (Bismarckstraße).  
7. R. Postamt 6 (Rathhäuser Steinweg).  
8. R. Postamt 8 (Eilenburger Bahnhof).  
Das R. Telegraphenam 1 ist ununterbrochen geöffnet; die anderen (Kreise) Anstalten haben dieselben Dienststunden wie bei den Postämtern. Bandweger-Bureau im Gebäude am Eingange zu den Baracken bei Cobitz. Bureaustunden: Hochentag von 8 Uhr Vormittag bis 1/4 4 Uhr Nachmittag, Sonn- und Feiertag von 9 bis 12 Uhr Vormittag. Briefe u. nur Weipzig, Postamt 1.  
Essentielle Bibliotheken:  
Bibliotheksbesitzer I. (IV. Bürgerstraße) 7—9 U. N. E. Bibliotheksbesitzer II. (alt. Nicolaischloß) 7—9 U. N. E. Bibliographische Centralbibliothek (Gommußstraße) Eilenburgerstraße 51, geöffnet Mittwoch u. Sonn- abend von 2—4 Uhr.